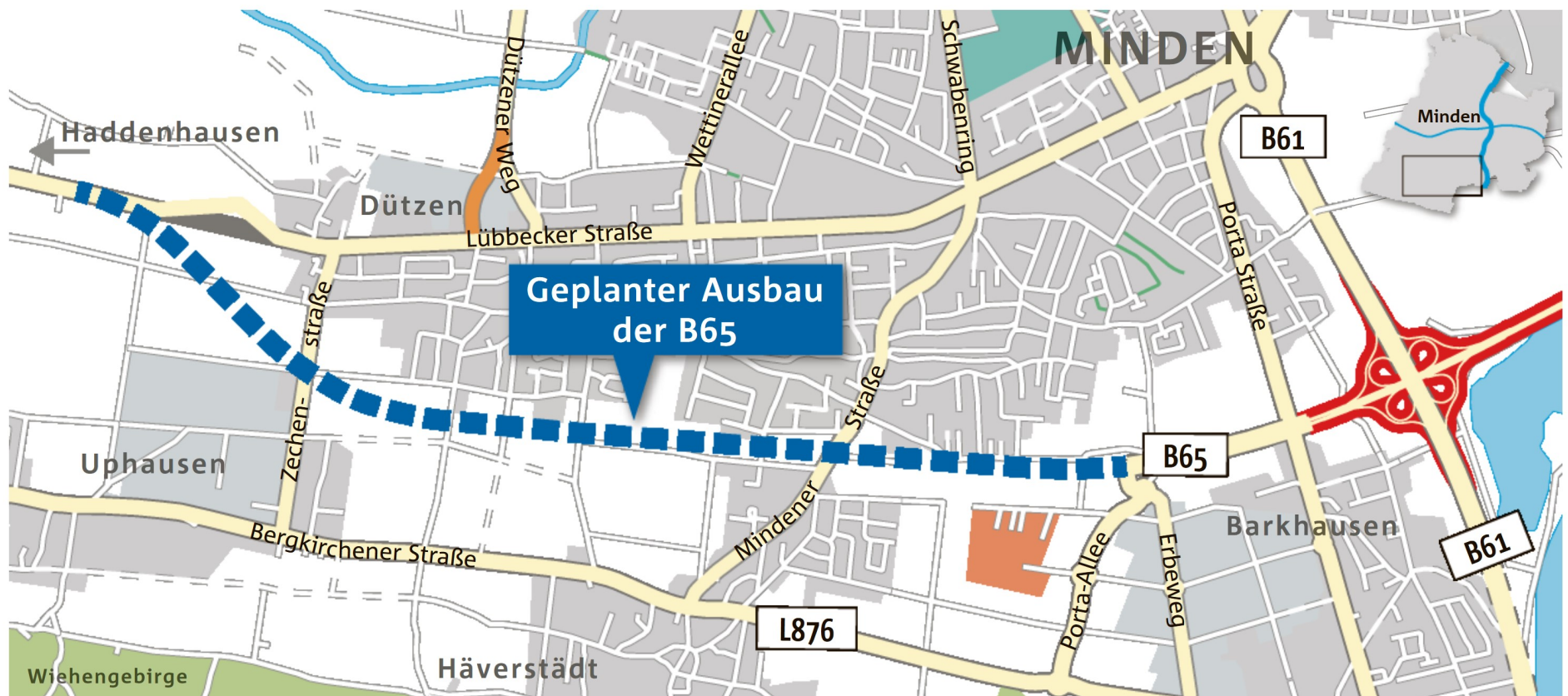




Kleine Schritte

Der umstrittene Bau einer Mindener Südumgehung ist auch nach mehr als fünf Jahren noch immer in der Schwebelage. Vieles hängt von den Ergebnissen eines Verkehrsgutachtens ab. In Details geht es aber auch um Zuständigkeiten.

Von Henning Wandel
und Sebastian Radermacher

Minden (mt). Mindestens zwei Jahre sollte es dauern. Mit dieser Einschätzung ging Straßen NRW im Herbst 2014 mit dem Planfeststellungsverfahren für den Neubau der Bundesstraße 65 an den Start. Eine deutlich zu optimistische Erwartung, wie sich in der Zwischenzeit herausgestellt hat. Noch immer fehlen die Zahlen eines aktualisierten Verkehrsgutachtens, ohne das die Bezirksregierung keinen Beschluss fassen kann. Die Auswertung hatte sich immer wieder verzögert: Zunächst sollte das Gutachten im Dezember 2018 vorliegen, dann im Januar 2019, dann im Laufe dieses Jahres, wie der Landesbetrieb Straßen NRW auf MT-Nachfrage mitteilte.

Grund für die immer wieder aufgetretenen Verzögerungen seien Nachbesserungen an dem rund 60 Seiten starken Dokument gewesen. Der Landesbetrieb habe das Gutachten auf Plausibilität geprüft und mit Anmerkungen noch einmal zurückgegeben, hieß es im Mai 2019 – beim Start des Verfahrens geisterte sogar einmal das Jahr 2018 als mögliches Datum für einen Baubeginn durch die Debatte.

Inzwischen gibt es wenigstens wieder Bewegung: „Das Gutachten liegt mittlerweile vor und wird von uns abschließend geprüft“, sagt Sven Johanning, Sprecher von Straßen NRW. Einzelheiten zu den Ergebnissen und Schlussfolgerungen nennt er nicht, sondern er verweist in diesem Zusammenhang an die Bezirksregierung als Planfeststellungsbehörde. „Wir arbeiten der Bezirksregierung nur zu.“ Was Johanning aber sagen kann: Zusätzlich zu dem Dokument zur Verkehrsentwicklung überarbeitet Straßen NRW aktuell noch ein weiteres Gutachten zum Thema Lärmschutz. „Unser Ziel ist, Ende Dezember, Anfang Januar beide Gutachten der Bezirksregierung zu übermitteln“, sagt der Sprecher. In Detmold müsse dann geprüft werden, ob alles umfassend dargestellt worden sei und ob die Gutachten womöglich noch einmal öffentlich ausgelegt werden müssten. Johanning gibt zu, dass das gesamte Verfahren sehr zäh voranschreite. „Es muss aber alles akribisch aufbereitet und geprüft werden.“

Diese Akribie hat vermutlich auch damit zu tun, dass Anwohner bereits den Klageweg vorbereiten. Wie berichtet, hat die „Bürgerinitiative zum Schutz des östlichen Wiehengebirgs-Vorlandes“ bereits vor rund einem Jahr im MT angekündigt, gegen einen

Streitpunkte um die B65n

- Die Ausbaupläne für die B65 als Mindener Südumgehung reichen zurück bis ins Jahr 1960. Der erste Anlauf wurde 1989 vom Mindener Verwaltungsgericht gestoppt. Der zweite Versuch läuft bereits seit Herbst 2014.
- Als Straßen NRW die neuen Pläne für das 25-Millionen-Euro-Projekt auf Bürgerversammlungen erstmals öffentlich vorstellte, gab es viel Gegenwind der betroffenen Anwohner. Dabei geht es vor allem um folgende Knackpunkte:
- Da die Ortsdurchfahrt Hadden-

hausen laut Planung unverändert bleiben soll, fürchteten die Anwohner, dass das Dorf zu einem „Flaschenhals“ wird, durch den sich in Zukunft der Schwerlastverkehr drängen würde. Sie forderten, die Ortsdurchfahrt mit in die Planung einzubeziehen.

- Wenn die B65n gebaut wird, soll die Lübbecke Straße rund 800 Meter vor Haddenhausen in einem Wendehammer enden – damit wäre für die Menschen in Haddenhausen die direkte Verbindung nach Dützen gekappt. Straßen NRW begründete dies mit einer

Anforderung des Bundes, Straßen dieser Art ohne Kreuzungen oder Kreisverkehre zu gestalten. Vor allem eine Kreis-Lösung wurde von den Anwohnern angeregt.

- Viele Bürger hatten Zweifel, ob die geplanten Lärmschutzwälle ausreichen, um die Grenzwerte einzuhalten. In der Planung werden die vorgesehenen Maßnahmen als ausreichend bewertet. An elf Gebäuden ist kein aktiver Lärmschutz möglich, dort hätten die Anwohner eventuell Anspruch auf Schallschutzfenster, hieß es bei der Vorstellung der neuen Pläne. (rad)



Ende der Ausbaustrecke: In Barkhausen wird der Verkehr in Richtung Gewerbegebiet und Klinikum abgeleitet. Ob die Straße bis nach Haddenhausen verlängert wird, ist nach wie vor unklar. MT-Foto: Alex Lehn

Planfeststellungsbeschluss zum Ausbau zu klagen. In der Initiative haben sich Anwohner zusammengeschlossen, die die B65n mit allen Mitteln verhindern wollen. Die Zahl der Mitglieder ist mittlerweile auf rund 120 angewachsen.

An der Haltung der Anwohner, den Bau der neuen Mindener Südumgehung abzuwenden, hat sich bis heute nichts geändert, wie Helmuth Bertrand, Vorsitzender der Initiative, auf MT-Nachfrage bestätigte. Ansonsten

verhalte sich die Initiative allerdings ruhig und erfrage auch nicht den Stand des Verfahrens. „Jeder Tag, an dem sich nichts tut, ist gut für uns“, formuliert es Bertrand.

Die Pläne für den Bau der B65n reichen zurück bis ins Jahr 1960. Den ersten offiziellen Anlauf für die Umsetzung hatte das Verwaltungsgericht Minden im Jahr 1990 gestoppt, 2014 startete ein weiterer Versuch. Doch auch dieses Verfahren über die Zulässigkeit des Vorhabens („Planfest-

stellung“) ist bereits mehrfach ins Stocken geraten. Und auch fünf Jahre später sind immer noch wichtige Fragen ungeklärt – vor allem, was die aktuelle Verkehrsbelastung im südlichen Stadtgebiet angeht. Wie viele Autofahrer nutzen die Lübbecke Straße tatsächlich als reine Durchfahrtsstraße? Wie hoch ist der Anteil des innerstädtischen Verkehrs? Und vor allem: Wie würde sich die Verkehrsbelastung durch den Bau einer Umgehungstraße verändern? Diese Aspek-

te sollen in das neue Gutachten einfließen, in dem neben aktuellen Verkehrszahlen auch Befragungen von rund 10.000 Autofahrern berücksichtigt sind. Die Erhebung erfolgte im April 2018.

Kaum wahrgenommen wird unterdessen ein Aspekt, der mit Blick auf den geplanten Neubau der Südumgehung vor allem für die Bundeswehr von zentraler Bedeutung ist: ein besserer Anschluss des Dützener Weges an die B65. Wer heute in der Verlängerung des Petershäger Weges an die versetzte Kreuzung zur Lübbecke Straße kommt, sieht sofort, dass für die übergroßen Amphibien hier kein Durchkommen ist. Schon Anfang des Jahres hatten die Pioniere den Wunsch nach einem Westausgang vom Kasernengelände bekräftigt, sobald die neue B65 zur Verfügung stehe. Solange müssen die Fahrzeuge über Wettinerallee, Lübbecke Straße und Birne zum Wasserplatz an der Weser fahren. An dem Wunsch habe sich bis heute nichts geändert, heißt es von der Bundeswehr auf Nachfrage.

Pioniere halten an Wunsch nach einer Westausfahrt fest

Strittig ist aber offenbar die Zuständigkeit: Der Kreis verweist auf MT-Anfrage an Straßen NRW, die Landesbehörde wiederum an den Kreis. Immerhin handele es sich beim Dützener Weg um die Kreisstraße 10. Dass die Stadt Minden die Straßenbaulast übernommen hat, ändere daran nichts. Die Mindener Verwaltung verweist darauf, schon lange die planerischen Voraussetzungen für den Umbau der Kreuzung geschaffen zu haben. Und das nicht einmal im Geheimen, wie ein Blick auf den aktuellen Flächennutzungsplan zeigt: Dort ist die K10 bereits umgelegt und trifft gegenüber des Schleidermannsweges auf die Lübbecke Straße. Damit sind alte Pläne, die K10 direkt an die Kreuzung mit der Zechenstraße zu führen, vom Tisch. Diese Variante sei schon aus Gründen des Umweltschutzes nicht mehr realistisch, sagt Mindens Baubeigeordneter Lars Bursian – die Trasse müsste durch die Basistauniederung geführt werden.

Die Autoren sind erreichbar unter (05 71) 882 166 oder -201, Henning.Wandel@MT.de, Sebastian.Radermacher@MT.de